

Die Nationalratskommission hat zwar die «Abfederung» der ruinösen Frühverrentung knapp abgelehnt, aber die Chancen einer Annahme im Plenum sind intakt, obwohl dieser unnötige Ausbau im Giesskannenverfahren den Steuerzahler über 1,2 Milliarden pro Jahr kosten würde. Angesichts der demographischen Entwicklung und der finanziellen Probleme unserer Sozialwerke sind diese linken Forderungen eigentlich nur als irrwitzig zu erklären. Dazu kam diese Woche die Armutsstudie des Bundesamtes für Statistik, welche ganz im Sinn ihrer sozialistischen Meister, die Definition von «working poors» so ansetzt, dass einem normal arbeitenden Steuerzahler die Tränen kommen. Sowohl Armut als auch «working poors» sind eine Frage der Definition. Wenn das Einkommen eines definierten «working poor» in der Schweiz dem Durchschnittseinkommen eines Franzosen entspricht, dann sollten dem Steuerzahler mindestens Zweifel kommen, wie manipuliert diese Zahl ist.

Der folgende Kommentar von Beat Kappeler in der heutigen NZZ am Sonntag bringt es auf den Punkt. Anstatt uns immer tiefer in den Morast der staatlichen Umverteilung zu begeben, sollten wir besorgt sein, dass unser vergleichsweise flexibles System im Interesse aller Arbeitenden beibehalten wird. Deswegen muss den ständigen Ausbauwünschen der Linken ein Riegel geschoben werden.

Die Schweiz ist eine Arbeitsmaschine

Vollbeschäftigung, tiefe Armut und gleichmässige Verteilung der Einkommen werden hierzulande kaum honoriert. Dabei zeigt sich im umliegenden Europa, wie es auch sein könnte

Beat Kappeler

Die Armut in der Schweiz ist gering und nahm nicht zu, die Einkommen allgemein sind viel gleichmässiger verteilt als in nahezu allen europäischen Ländern. Solche Fakten verdienen Schlagzeilen, doch die neue Statistik zur Armut diese Woche vermochte sie nicht zu generieren.

Im Gegenteil, manche betrachten solche Fakten durch eine seltsame Brille. So rätselt der Freiburger Professor Michael Nollert im Buch über den «Sonderfall Schweiz», ob denn angesichts solcher Erfolge die Schweiz doch kein so liberaler Sozialstaat sei und die «neoliberale Radikalkur» anderer Staaten hier nicht durchgedrungen sei. Viel normaler wäre jedoch die Erklärung, dass die Schweiz eben weiterhin liberal ist und deshalb die meisten Einwohner am Reichtum teilhaben. Denn wenn vermeintliche Sozialstaaten wie Deutschland und Frankreich, ja sogar Dänemark eine weniger gleiche Einkommensverteilung als die Schweiz aufweisen, dann zeigt dies eins deutlich: Liberale Steuersysteme und ein liberaler Arbeitsmarkt lassen den Menschen das Geld in den Taschen - während es anderswo im Umverteilungsleerlauf versinkt.

Bei anderer Gelegenheit sah Nollert ebenfalls mit einer Brille aus deutschen und französischen Denkfehlern auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Das Arbeitsrecht sei «äusserst liberal beziehungsweise arbeitgeberfreundlich», meinte er. Dabei sperrt im übrigen Europa der sogenannte «arbeitnehmerfreundliche» Kündigungsschutz Millionen von Arbeitswilligen aus, weil die Firmen niemanden einstellen, den sie nicht wieder loswerden können. Das schweizerische Arbeitsrecht ist extrem arbeiterfreundlich, weil es die Vollbeschäftigung mitträgt.

Aus dieser Vollbeschäftigung rührt sodann die gleichmässiger Einkommensverteilung her, denn eine hohe Erwerbsbeteiligung streut die Früchte der Volkswirtschaft gezielt und direkt unter die Haushalte ohne die Umverteilung über Staats- und Sozialversicherungskassen.

In der Schweiz sind 81% der Einwohner im erwerbsfähigen Alter im Arbeitsmarkt integriert, in der EU nur 70%. Damit tragen 81 Arbeitende 19 inaktive Personen mit, in den EU-Ländern hingegen müssen 70 Arbeitende für 30 Inaktive aufkommen - eine beinahe doppelt so hohe Last. Die hohe Arbeitsbeteiligung erklärt weitgehend, dass gemäss neuesten Erhebungen der OECD die oberen Einkommen in der Schweiz nur 2,6-mal höher liegen als die untersten. In Deutschland und Frankreich sind sie 3,1-mal höher. In Schweden ist die Spanne mit 2,33-mal zwar geringer, doch mehr als an dessen einebnender Lohnpolitik liegt dies an der ebenfalls hohen Erwerbsbeteiligung von knapp 80% der Erwerbsfähigen.

Die Armutsstudie dieser Woche aus dem Bundesamt für Statistik unterstreicht ebenfalls, dass Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung ganz wesentlich bestimmen, wie hoch der Anteil der Armen ausfällt. Desgleichen dürfte dies die Zahl der «working poor» stark beeinflussen - und hier sank der Anteil von 2000 bis 2006 sogar leicht auf 4,5% aller Erwerbstätigen. Auch dies wurde keiner «Schlagzeile des Guten» würdig befunden. Im Gegenteil, die Studie des Bundesamtes übertreibt ihrerseits den Anteil der armen Vollzeit-Arbeitenden mehr, als wohl die meisten mitzufühlen bereit sind. Denn schon 36 Stunden Wochenarbeitszeit wurden als vollzeitliche Erwerbsarbeit eingestuft, und die Armutsgrenze folgt den überhöhten Ansätzen der Fürsorgeämter nach Skos. Danach wurden Haushalte mit zwei Kindern und 36 Stunden Wochenarbeitszeit als «working poor» mitgerechnet, wenn sie unter 55 800 Franken netto zur Verfügung hatten, die Steuern bereits abgezogen. In Frankreich ist dies ungefähr das mittlere Haushaltseinkommen, wie «Le Monde» am Dienstag vorrechnete. Es ist unerklärlich, warum sich Wissenschaftler, Statistiker und die Medien ständig zu einem eher pessimistischen Bild des Landes verschwören. Unbewusst halten sie deutsche oder französische Schlagzeilen für unsere Realität.

Wieder andere arbeiten mit Hammer und Meissel daran, diese Vorteile wegzuspitzen. So will die Hälfte der nationalrätlichen Kommission für Sozialpolitik 90% der Frauen und 62% der Männer frühpensionieren lassen - ohne ihnen die Kosten anzulasten. Alle europäischen Länder, welche diesen Fehler machten, korrigieren ihn heute unter Schmerzen und Demonstrationen. Denn weder die Versicherungsmathematik noch die Demografie, also die fehlenden Kinderjahrgänge, erlauben eine solche Demagogie. Heute arbeiten von den über 50-Jährigen in der Schweiz noch 74%, in EU-Europa aber nur 58%.

Das bringt riesige Kostenunterschiede in den Rentenkassen - und kann Länder ruinieren und junge Generationen betrügen, wie ernsthafte Studien für die nächsten Jahrzehnte Europas belegen.

Solche Fehlleistungen in einer parlamentarischen Kommission, aber auch wiederholte Volksinitiativen zu einer ruinösen Frühverrentung und Angriffe auf den flexiblen Arbeitsmarkt sind nur erklärbar, wenn deren Urheber uninformiert sind. Sie verkennen, dass die Schweiz eine intakte Arbeitsmaschine ist, welche rekordhohe Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet, welche eine Million Immigranten anzieht und diese gleich häufig wie Schweizer in Arbeit und Einkommen integriert, und weitere 1,5 Millionen Arbeitende in Schweizer Firmen weltweit.

Man kann über so viel hochgekrempelte Ärmel lächeln und von anderen Werten des Lebens philosophieren, die wichtig seien. Doch diese würden auch Armut, weniger gleiche Verteilung und Arbeitslosigkeit implizieren, was nicht den angestrebten höheren Werten entspricht. Und die einfachen Leute wollen arbeiten. Sie sind liberal, daher sozial - nicht arm.